12. Dezember 2022 – von Andreas Tögel

Für den Duden bedeutet der Begriff Eskapismus den "Hang zur Flucht vor der Wirklichkeit und den realen Anforderungen in eine imaginäre Scheinwirklichkeit". Zum Adjektiv eskapistisch schreibt dieselbe Quelle: "Vor der Realität und ihren Anforderungen in Illusionen oder in Zerstreuungen und Vergnügungen ausweichend."

Die Frage ist, ob der Trend zum Eskapismus – der heute in der westlichen Welt unübersehbar geworden ist – eine Gefahr bedeutet, oder ob es sich nur darum handelt, dass viele Zeitgenossen dem Stress des Alltags durch das Einlegen einer Pause entrinnen wollen, um Kraft zu tanken oder sich neu zu orientieren.

Viele von ihnen entfliehen nicht der Realität, sondern weichen konkreten Bedrohungen aus. Ihnen geht es etwa darum, dem Konformitätsdruck auszuweichen, den die auf politische Korrektheit dringenden "Eliten" auf sie ausüben. Dieser Tage kann selbst der harmloseste Bürger nach einer unerwünschten Wortmeldung schneller auf der Anklagebank landen als Beschuldigte, denen Gewaltverbrechen zur Last gelegt werden.

Die Bekämpfung von "Hassrede" (was auch immer das sein mag, und wer auch immer darüber befindet, was sie ausmacht) und die Verteilung von Maulkörben haben inzwischen anscheinend Vorrang vor der Bekämpfung der Gewalt im Alltag. Das nutzt einerseits den erklärten Feinden unserer auf dem Boden des christlichen Abendlandes stehenden Gesellschaft, garantiert aber andererseits den Beifall derjenigen im Besitz der Deutungshoheit befindlichen linken Intellektuellen, die mit einem Selbsthass geschlagen sind, der ihre Urteilkraft trübt.

Mehr und mehr Bürger nehmen die eigene Regierung und die Polizei inzwischen eher als eine *feindliche Besatzungsmacht* wahr als eine "in ihren Diensten" stehende Organisationen. Eskapismus ist daher in vielen Fällen ein Verhaltensmuster, das als Reaktion auf bestehende oder sich verschlechternde Lebensumstände zu bewerten ist, als deren Ursache "die Obrigkeit" erkannt wird.

In diesem Beitrag geht es ausschließlich um das Verhalten *rational denkender und handelnder selbstbewusster Menschen*, die in Freiheit leben und in Ruhe gelassen werden wollen. Auf sie übt das Angebot der zwangsbeglückenden Rundumversorgung durch den sozialdemokratisierten Wohlfahrtsstaat keinerlei Reiz aus. Sie widerstehen standhaft ihrer "Verhausschweinung", ein Begriff, den der österreichische Medizin-Nobelpreisträger und Verhaltensforscher Konrad Lorenz (1903 – 1989) einst prägte.

01.07.23 1/8

Der Staat – der neue "Gott" in einer säkularisierten Welt

"Wohlgenährte Knechte" sind die schärfsten Gegner der Freiheit. Sie ziehen die vom allsorgenden Vollkasko-Staat, der aus der Sicht seiner Verehrer als "Vater Staat" an Gottes Stelle getreten ist, vermeintlich garantierte Sicherheit einer Freiheit vor, die ohne persönliche Anstrengung und Verantwortung nicht zu haben ist. Der wohlfahrtsstaatlich konditionierte Massenmensch liebt die Segnungen der staatlichen Vollversorgung. Im Gegenzug wird von den "Wohlfahrtsjüngern" schließlich nichts weiter erwartet, als deren Unterwerfung, der Verzicht auf Kritik an den Machthabern. Dass die orientierungslosen Bürger der Massengesellschaft nach möglichst starken Anführern suchen, verwundert nicht.

"Wohlgenährte Knechte" sind die schärfsten Gegner der Freiheit.

Die Scheibehen, die eine alle Lebensbereiche zunehmend infiltrierende Obrigkeit von der bürgerlichen Freiheit abschneidet, sind zahlreich, aber zumeist recht dünn (nicht so allerdings bei den Corona-Zwangsmaßnahmen!): Salamitaktik. Dadurch wird der schleichende Freiheitsverlust der großen Mehrheit kaum bewusst. Dennoch nehmen viele Bürgern wahr, dass gewohnte Freiheiten schwinden. Das führt zwar zu Unbehagen, dem mit verschiedenen Vermeidungsstrategien zu begegnen versucht wird, meist jedoch nicht zum offenen Regelbruch.

Die Ausbildung einer wohlfahrtstaatlich organisierten Massengesellschaft geht Hand in Hand mit der Bindungslosigkeit und Vereinzelung der Menschen. Die Ursache dafür liegt primär in der Zerstörung der Institution Familie, die zu jeder Zeit den Hauptangriffspunkt aller geistigen Brandstifter gebildet hat. Wer nach der totalen Macht strebt, muss jede Institution, die einen autonomen, staatsfreien Raum bildet, liquidieren. An die Stelle schwer kontrollierbarer persönlicher Beziehungen treten staatlich garantierte Privilegien einerseits und die Forderung nach Gehorsam gegenüber den staatlichen Anordnungen andererseits. Am Ende stehen isolierte bindungs- und wurzellose Individuen dem "gottgleichen Leviathan" ohnmächtig gegenüber. Zivile Gemeinschaften haben keine Bedeutung mehr – die Gesellschaft ist atomisiert. Wurde die Gesellschaft erst einmal auf die schiefe Ebene des Sozialismus gebracht, wird sie unweigerlich zerfallen.

Privatsphäre war gestern

Vor gar nicht allzu langer Zeit konnten die Behörden die Bewegungen ihrer Bürger noch nicht allzu leicht kontrollieren. Heute indes liefert das Handy in jedermanns Tasche dem Polizeiminister jederzeit lückenlose Bewegungsprofile. Und der öffentliche Raum wird immer konsequenter elektronisch überwacht.

01.07.23 2 / 8

Kameras können Verbrechen aber nicht verhindern. Mehr als die Videodokumentation allfälliger Untaten schaut dabei nicht heraus. Der ständige Ausbau von Videoüberwachungssystemen bietet aber prächtige Kontrollmöglichkeiten.

Dass sich der Fiskus inzwischen per Mausklick einen Überblick über die Höhe des Privatvermögens seiner "Steuerknechte" verschaffen kann, ist ebenfalls beunruhigend, lässt allerdings diejenigen kalt, deren Vermögen das Ausmaß eines Mietvertrags für eine Sozialwohnung nicht übersteigt. Nur so zum Nachdenken: Wozu soll es gut sein, dass der stets hoch verschuldete Staat über die Höhe von Privatvermögen im Bilde ist (Stichwort: EU-Vermögensregister), wenn nicht zur Ermöglichung und Vorbereitung konfiskatorischer Übergriffe?

Privatsphäre bedeutet Freiheit – die *Abwesenheit willkürlichen Zwanges*, wie der Ökonom und Sozialphilosoph <u>Friedrich August von Hayek</u> (1899 – 1992) schrieb. Man erinnert sich an den Schlachtruf der 68er: "*Alles Private ist politisch*". Heute, nach erfolgtem Marsch der 68er-Kulturmarxisten durch die Institutionen, verfügen sie oder deren Epigonen – als Minister, Abgeordnete, Sektionschefs, Richter, Staatsanwälte oder Redakteure linker Leitmedien –, die nahezu uneingeschränkte Macht, alles Private auszuspähen und damit zu kontrollieren.

Worauf die weit verbreitete Vorstellung beruht, ein demokratisch verfasster Staat könne niemals in den Totalitarismus abgleiten, liegt im Dunkeln. Ist die weit verbreitete Geschichtsvergessenheit dafür verantwortlich? Wie viele Zeitgenossen interessieren sich schon dafür, welche dramatische Entwicklungen viele Demokratien schon erlebt haben oder soeben erleben? Haben nicht auch einige totalitäre Regime des 20. Jahrhunderts die Demokratie mit ihren eigenen Waffen geschlagen und sind so an die Macht gelangt?

Wer allzu fest daran glaubt, der gegenwärtig herrschende Zustand relativer Freiheit könne niemals enden, lebt gefährlich. Die Freiheit, die sich unter anderem in der Existenz eines unantastbaren staatsfreien Raumes manifestiert, muss nämlich stets gegen die unentwegt rollenden Angriffe machtgieriger Politiker und regulierungswütiger Bürokraten verteidigt werden.

So paradox es klingen mag: *Grenzen schaffen Freiheit*. Freiheit vor zudringlichen Blicken, vor unangemessenen Forderungen und vor Übergriffen aller Art. Am gefährlichsten sind allerdings Übergriffe seitens des Staates, da gegen diese eine Abwehr entweder nur unter hohen Gefahren möglich oder schlicht unmöglich ist.

01.07.23 3 / 8

Es ist also notwendig, die Sphäre des Privaten, in der staatliche Späher und Regulatoren nichts zu suchen haben, klar vom öffentlichen Raum abzutrennen.

Die Übergriffe der vorgeblich "Wohlmeinenden"

Ob der von manchen politischen Eliten der EU angestrebte Superstaat eher kommunistische oder faschistoide Züge tragen wird oder auf eine bürokratische Diktatur der vorgeblich "Guten und Wohlmeinenden" hinauslaufen wird, ist für die Bürger von geringer Bedeutung. Was zählt, ist, dass deren Freiheit unter heftigem Beifall linker Intellektueller zu Grabe getragen wird.

Dass der Privatheit rechtmäßig erworbenen Einkommens und Vermögens auf Basis der Behauptung ein Ende bereitet wird, dass ja doch nur Waffenschieber, Steuerhinterzieher und Drogendealer an einem Bankgeheimnis und an der Verwendung von Bargeld interessiert sind, ist unerhört. Denn in einem *Rechtsstaat* hat stets der Ankläger das Vergehen des Beschuldigten nachzuweisen. Unbescholtene Bürger haben also keinen Anlass, die Rechtmäßigkeit des Besitzes von ihnen erworbener Vermögensteile nachzuweisen. Genau das aber wird inzwischen bei jeder Transaktion ab einer bestimmten Höhe gefordert.

... in einem *Rechtsstaat* hat stets der Ankläger das Vergehen des

Beschuldigtennachzuweisen. Unbescholtene Bürger haben also keinen Anlass, die Rechtmäßigkeit des Besitzes von ihnen erworbener Vermögensteile nachzuweisen. Genau das aber wird inzwischen bei jeder Transaktion ab einer bestimmten Höhe gefordert.

Rechtsprinzipien, die sich aus guten Gründen über Jahrhunderte hinweg entwickelt haben, werden über Bord geworfen. Die Rechte der Mehrheit unbescholtener Bürger unter Hinweis auf die Umtriebe krimineller Minderheiten abzuschaffen, ist aber blanker Unsinn – oder dient dubiosen anderen Zielen.

Der Eskapismus unserer Tage hat mit dem Versuch zu tun, sich dem Zugriff der Masse zu entziehen. Gustave Le Bon trifft in seinem Werk, "Masse und Macht" die Feststellung, dass "...eine aus gebildeten Menschen bestehende Masse kaum klügere Entscheidungen zu treffen imstande ist, als eine von einfachen Wasserträgern." Das hat für die westlichen Gesellschaften, in denen das Urteil des Einzelnen nichts mehr zählt, sondern sich alles am Kollektiventscheid einer Mehrheitsmasse orientiert, weitreichende Konsequenzen. Ausgerechnet der liberal-kapitalistische Industriestaat hat die Existenz seiner erbittertsten Feinde möglich gemacht, ja er hat sie hervorgebracht.

01.07.23 4/8

Erst der durch den Kapitalismus geschaffene Wohlstand ermöglicht es dem voll entfalteten Wohlfahrtsstaat, jene "soziale Umverteilung" zu organisieren, die zu einem großen Teil linken Kapitalismuskritikern zugutekommt. Für sie wäre in einem nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien organisierten Gemeinwesen kein Platz. Die Kaste unproduktiver Steuerkonsumenten, die mit wertschöpfenden Tätigkeiten nichts am Hut haben will und die sich in der Politik, in den Universitäten, in mit Steuergeldern subventionierten Medienbetrieben und in staatsalimentierten "NGOs" festgesetzt hat, beschäftigt sich mit nichts anderem mehr als mit der unentwegten Bevormundung rechtschaffener Bürger. Natürlich wissen diese Leute selbst am besten, dass ihr Dasein für die Netto-Steuerzahler wertlos ist – sonst müsste man Letztere ja nicht zum Bezahlen zwingen. Da auf Dauer aber niemand mit der Einsicht in die eigene "Übergriffigkeit" leben kann, werden Rationalisierungen etabliert. Auf diese Weise ist es dann auch möglich, seine zwangsfinanzierte Tätigkeit vor sich selbst und allen anderen "zu rechtfertigen" und "reinzuwaschen".

Die Politik nimmt die Ideen der staatsalimentierten Intellektuellen dankbar auf und gießt sie in Gesetzesform. Es handelt sich um eine lehrbuchartige "Symbiose" der Machthaber mit den Ideenlieferanten. Erstere garantieren den letzteren ihre Einkommen und diese liefern der Nomenklatura im Gegenzug die "*moralische*" Basis für ihr Handeln. Ergebnis ist eine immer dichtere Reglementierung aller Lebensbereiche, die Unterdrückung unternehmerischkreativen Schaffens und die Schaffung einer beständig wachsenden Zahl von Menschen, die von staatlichen Zuwendungen abhängig und damit willfährig ist.

Gewinner und Verlierer

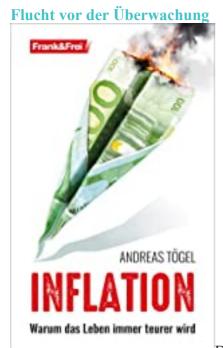
Wie Franz Oppenheimer in seinem Buch "Der Staat" ausführt, teilt der Staat seine Bürger in zwei Kategorien: Die einen schaffen Werte und zahlen per saldo Steuern (das sind die in der Privatwirtschaft Tätigen, die freiwillig nachgefragte und bezahlte Waren und Dienstleistungen liefern), und die anderen tun das *nicht* (etwa Bürokraten, Politiker und weitere Netto-Steuerkonsumenten). Für Letztere besteht keine Veranlassung, den Status quo zu verändern – ganz im Gegenteil. Sie leben in einer Welt, die weder marktwirtschaftlichen Wettbewerb noch Leistungsdruck kennt. In dieser surrealen Parallelwelt hat die Qualität der von ihnen erbrachten Arbeit keine Auswirkung auf ihr Einkommen – und auch nicht auf die Sicherheit ihrer "Arbeitsplätze".

01.07.23 5 / 8

Bürokratien verhalten sich oftmals wie unkluge Profiteure, die ihre Einkommensquelle so stark überstrapazieren, bis diese versiegt Anders als in der Privatwirtschaft, wo dem schwachen Angestellten die Kündigung und dem unglücklichen oder unfähigen Unternehmer der Konkurs droht, fehlt es im öffentlichen Dienst und in der Politik an vergleichbaren Korrektiven. Für Fehlleistungen von Politikern und Bürokraten zahlen stets die Bürger, niemals sie selbst!

Dasselbe gilt natürlich auch für staatliche Medien und Kultureinrichtungen, die ebenfalls "geschützten Werkstätten" gleichen. Ob das von ihnen gelieferte Angebot auf die Zustimmung des Publikums stößt oder nicht, ist unwichtig. Schließlich wird ja die "Kundschaft" stets zur Zahlung gezwungen, gleich ob sie das Dargebotene benötigt oder nicht und ungeachtet ihres Urteils darüber. Kunst und Medien werden als Vehikel zur Verbreitung von Regierungspropaganda betrachtet: "Kultur ist ein Ideologieressort" (so Wiens Ex-Kulturstadträtin Ursula Pasterk, SPÖ).

Die Abwesenheit von Anreizen für im wettbewerbsfreien Raum agierende Zeitgenossen bestmögliche Dienste zu günstigsten Konditionen anzubieten, hat entsprechende Auswirkungen auf die Qualität und den Preis.



Das Vorhandensein privaten Eigentums bildet die

Grundvoraussetzung für selbstbestimmtes Handeln. Merke: *Eigentum ermöglicht Freiheiten*. Das wissen auch diejenigen "Obertanen", die scheinbar nichts mehr fürchten, als autonom handlungsfähige Bürger.

01.07.23 6 / 8

Da klare Grenzen zwischen "Mein und Dein" die Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben bilden, werden diese von der Obrigkeit sukzessive aufgelöst. Das geschieht etwa im Wege der Ausdehnung des Geltungsbereichs öffentlichen Rechts zu Lasten der Privatrechtssphäre. Rauchverbote in der Gastronomie, medizinische Zwangsinterventionen, Ausgangssperren und Zwangsschließungen (Lockdowns), Strafsteuern auf Energie, Verbote der Nutzung gewisser Energiearten oder Importverbote oder die Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung auf privaten Liegenschaften sind nur einige Bespiele dafür. "Gemeinnutz geht vor Eigennutz", proklamierten einst die Nationalsozialisten. Und das Gemeineigentum ist der Fetisch aller Sozialisten. Das Problem der Allmende ist indes sattsam bekannt: Was allen gehört, gehört niemandem. Übernutzung und ständiger Streit um die Nutzungsanteile sind an der Tagesordnung. Aus den Auseinandersetzungen aller gegen alle zieht allein der als Schlichter eingreifende Staat Nutzen: "Teile und herrsche". Eigentum zu schaffen und vor fremden Zugriffen zu beschützen, ist daher die wichtigste Strategie des Bürgers, um seine Handlungsfähigkeit und Freiheit zu erhalten. Nur wenige Zeitgenossen sind sich allerdings der Gefahr bewusst, die daraus folgt, dass der Staat alle Bewegungen und Vermögenswerte seiner Untertanen kennt.

Eigentum zu schaffen und vor fremden Zugriffen zu beschützen, ist daher die wichtigste Strategie des Bürgers, um seine Handlungsfähigkeit und Freiheit zu erhalten.

"Wo nichts ist, da hat der Kaiser sein Recht verloren", besagt ein Sprichwort. Wer nicht erleben will, dass ihn die "Stasi" (oder wie auch immer deren zeitgenössisches Pendant gerade heißen mag …) pausenlos überwacht, sollte sich daher fragen, ob es wirklich nötig ist, das Mobiltelefon ständig eingeschaltet mitzuführen.

Und ist es klug, bei jedem Einkauf die EC- oder Kreditkarte zu zücken und damit höchstpersönliche Informationen preiszugeben? Weshalb müssen die Bank und der Fiskus wissen, wo und wann von wem was eingekauft wurde? "Geld ist geprägte Freiheit"(Fjodor Dostojewski). Bargeld ist gedruckte Freiheit, sollte es heute heißen. Wer bar bezahlt, liefert niemandem Informationen über seine Einkaufsgewohnheiten. Das sollten auf den Erhalt ihrer Privatsphäre bedachte Menschen nie vergessen.

... ist es klug, bei jedem Einkauf die EC- oder Kreditkarte zu zücken und damit höchstpersönliche Informationen preiszugeben?

01.07.23 7/8

Wer im Internet surft oder E-Mails verschickt, sollte das im Bewusstsein tun, dass er dabei von keinem Briefgeheimnis geschützt ist. Die Verwendung gesicherter Server oder hochentwickelter Verschlüsselungsprogramme bietet immerhin eine gewisse Sicherheit vor der Neugier privater Schnüffler und vor allem aber auch staatlicher Überwacher.

Wer im Internet surft oder E-Mails verschickt, sollte das im Bewusstsein tun, dass er dabei von keinem Briefgeheimnis geschützt ist.

Nach dem Ende der napoleonischen Kriege reagierte das Bürgertum Mitteleuropas auf die zunehmende Zudringlichkeit des Staates mit dem Rückzug ins Private: *Biedermeier* wird diese Epoche genannt. Diese Strategie ist auch dieser Tage sinnvoll. Wer gar nicht erst auf dem Radar des Staates und seines Personals erscheint, verbessert seine Chancen, in Ruhe gelassen zu werden.

Bleibt die latente Gefahr für das Vermögen. Bankguthaben, Aktiendepots, Grundstücke, Wohnungseigentum, Inhalte von Banksafes oder Waffensammlungen sind, darüber sollte sich niemand Illusionen machen, Eigentum auf Zeit, Fiat-Eigentum von Staates Gnaden. Ein Federstrich des Gesetzgebers, und es ist beschlagnahmt und enteignet.

... Fiat-Eigentum von Staates Gnaden.

Ein Federstrich des Gesetzgebers, und es ist beschlagnahmt und enteignet.

Die im Zuge der rezenten Migrationsbewegungen einreißende Praxis, <u>private Immobilien zu</u> <u>beschlagnahmen</u> und gegen den Willen der Eigentümer zu vermieten, zeigt, wohin die Reise geht: Privateigentum, das dem Fiskus bekannt ist, ist nicht sicher!

Sicher ist im Prinzip nur das, wovon der Staat keine Kenntnis hat. Eine geographische Diversifikation des Vermögens, beispielsweise der Erwerb von Grundbesitz in Neuseeland, Chiele oder Uruguay, sowie die Anlage von Wertpapierdepots in Singapur und auf Bermuda, kommt allerdings nur für die wenigsten, nämlich die wirklich Wohlhabenden, in Frage. Dem kleinen Mann und dem Mittelständler bleiben dagegen nur wenige Möglichkeiten, ihr Vermögen zu schützen. *Anonymität* lautet das Zauberwort. Und die ist am besten durch den Besitz von Bargeld (so lange es das noch gibt), Münzen und Barren aus Edelmetallen, Kryptowährungen (Bitcoin) und Edelsteinen in Anlegerqualität gewährleistet. Die Letzteren bieten den Vorteil, problemlos transportiert werden zu können.

Andreas Tögel, Jahrgang 1957, ist gelernter Maschinenbauer, ausübender kaufmännischer Unternehmer und überzeugter "Austrian". Ende März 2022 ist sein Buch *Inflation: Warum das Leben immer teurer wird*, erschienen.

01.07.23 8 / 8